



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Christoph Maier AfD**
vom 01.10.2021

Abendessen im Kanzleramt – Befangenheit der Verfassungsrichter?

Der Presse war zu entnehmen, dass drei Wochen vor der Verhandlung über die Klage der AfD gegen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wegen der Aussagen nach der Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen Anfang 2020 wichtige Vertreter der Judikative zum Abendessen ins Kanzleramt eingeladen wurden. Neben dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth, waren weitere Verfassungsrichter des Ersten und Zweiten Senats zu enthusiastischen Reden der Bundesregierung zur Coronapolitik geladen.

Der Zeitpunkt des Treffens überschneidet sich zudem mit mehreren weiteren gerichtlichen Verfahren die Coronamaßnahmen betreffend. So waren zu diesem Zeitpunkt einige Verfassungsbeschwerden gegen das Vierte Bevölkerungsschutzgesetz, die „Bundesnotbremse“ und die damit verbundenen Maßnahmen anhängig. Die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Christine Lambrecht hielt während des Abendessens einen Vortrag mit dem Titel „Entscheidungen unter Unsicherheiten“, worin sie um Verständnis für politische Entscheidungen bei ihrem Publikum warb.

(<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus234032210/Dinner-im-Kanzleramt-Versuch-einer-Einflussnahme-der-Politik-auf-das-Verfassungsgericht.html>)

(https://www.focus.de/politik/deutschland/vor-prozess-gegen-kanzlerin-merkel-laedt-verfassungsrichter-zum-essen-spaeter-sollen-diese-ueber-sie-urteilen_id_13485292.html)

(<https://www.tagesspiegel.de/politik/vorwuerfe-gegen-richterinnen-und-richter-warum-ein-abendessen-im-kanzleramt-besorgnis-ausloesen-kann/27413038.html>)

(<https://www.n-tv.de/politik/Abendessen-sorgt-fuer-Befangenheitsvorwuerfe-article22831600.html>)

Ich frage die Staatsregierung:

1. a) Nahmen Mitglieder der Staatsregierung am Abendessen im Kanzleramt am 30. Juni 2021 teil (bitte namentlich aufzählen)? 2
- b) Wie bewertet die Staatsregierung den Vorwurf der Befangenheit und das entstandene Misstrauen in die Unparteilichkeit beteiligter Richter, die am Abendessen Ende Juni 2021 im Kanzleramt teilnahmen? 2
- c) Wie beurteilt die Staatsregierung die fehlende, aber grundsätzlich erforderliche Distanz einer unabhängigen Regierung als Exekutive zu Vertretern der Judikative in Bezug auf das Abendessen im Kanzleramt Ende Juni diesen Jahres? 2

2. a) Liegen der Staatsregierung Erkenntnisse vor, dass das Abendessen im Kanzleramt am 30. Juni 2021 als Versuch der Einflussnahme der beteiligten Verfassungsrichter genutzt wurde? 2
- b) Falls nein, ist es üblich, dass Minister flammende Reden zur Rechtfertigung politischer Maßnahmen auf informellen Treffen halten? 2

3. a) Hat die Staatsregierung seit Beginn der Coronakrise zu informellen oder formellen Treffen Richter eingeladen? 2
- b) Falls ja, zu welchem Anlass? 2
- c) Wurden hierbei ebenfalls politische Reden zu Coronamaßnahmen gehalten? .. 2

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit allen Ressorts und der Staatskanzlei

vom 13.12.2021

- 1. a) Nahmen Mitglieder der Staatsregierung am Abendessen im Kanzleramt am 30. Juni 2021 teil (bitte namentlich aufzählen)?**

Nein.

- b) Wie bewertet die Staatsregierung den Vorwurf der Befangenheit und das entstandene Misstrauen in die Unparteilichkeit beteiligter Richter, die am Abendessen Ende Juni 2021 im Kanzleramt teilnahmen?**
- c) Wie beurteilt die Staatsregierung die fehlende, aber grundsätzlich erforderliche Distanz einer unabhängigen Regierung als Exekutive zu Vertretern der Judikative in Bezug auf das Abendessen im Kanzleramt Ende Juni diesen Jahres?**

Der Gegenstand der Fragestellung betrifft nicht den Zuständigkeitsbereich der Staatsregierung. Ungeachtet dessen wird insoweit auf die zutreffenden Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts in seinem Beschluss vom 20. Juli 2021 (2 BvE 4/20, 2 BvE 5/20) und 18. Oktober 2021 (1 BvR 781/21) verwiesen.

- 2. a) Liegen der Staatsregierung Erkenntnisse vor, dass das Abendessen im Kanzleramt am 30. Juni 2021 als Versuch der Einflussnahme der beteiligten Verfassungsrichter genutzt wurde?**
- b) Falls nein, ist es üblich, dass Minister flammende Reden zur Rechtfertigung politischer Maßnahmen auf informellen Treffen halten?**

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 1 a bis 1 c verwiesen.

- 3. a) Hat die Staatsregierung seit Beginn der Coronakrise zu informellen oder formellen Treffen Richter eingeladen?**
- b) Falls ja, zu welchem Anlass?**

Einladungen der Staatsregierung zu Treffen, wie sie der Anfrage zugrunde liegen und im Einleitungstext beschrieben sind, hat es nicht gegeben.

- c) Wurden hierbei ebenfalls politische Reden zu Coronamaßnahmen gehalten?**

Entfällt.